



Birgit Homburger

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stv. Vorsitzende, Sprecherin für Sicherheitspolitik und
Bürokratieabbau der FDP-Bundestagsfraktion
Landesvorsitzende der
FDP Baden-Württemberg

Bundestagsbüro-Postadresse

Platz der Republik
11011 Berlin
Telefon: 030 - 22 77 12 09
Telefax: 030 - 22 77 67 82
Email: birgit.homburger@bundestag.de

Wahlkreisbüro-Postadresse

Postfach 1135
78245 Hilzingen/Hegau
Telefon: 077 31 - 18 16 50
Telefax: 077 31 - 18 48 36
<http://www.homburger.de>

17. September 2008
Ho/sg

Rede zum Haushalt Einzelplan 14 – Bundesministerium der Verteidigung (Auszug aus dem Plenarprotokoll)

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat sollten wir heute oder in dieser Woche über Afghanistan debattieren. Der Kollege Bonde hat das völlig zu Recht angesprochen. Wieder einmal ist das verhindert worden. Jetzt könnte man natürlich einmal mehr die Haushaltsdebatte genau dazu nutzen. Aber genau das werde ich heute nicht tun. Wir haben nämlich in den vergangenen Jahren immer wieder die Haushaltsdebatten für Debatten über Einsätze der Bundeswehr genutzt, und dabei sind viel zu oft die Interessen der Soldatinnen und Soldaten, die hier in Deutschland ihren Dienst tun, zu kurz gekommen. Ich glaube, man sollte schon einmal eine Gesamtschau vornehmen. Diese wird bei mir deshalb heute auch im Mittelpunkt stehen.

Herr Minister, Sie haben einen Etat, der deutlich anwächst. Wir haben das jetzt schon mehrfach gehört. Wenn man sich aber einmal die **Steigerung** anschaut, dann war es zumindest in den letzten Jahren nominal so, während der Etat real eigentlich rückläufig war. Das hat mit vielen Dingen zu tun. Das hat damit zu tun, dass die Preise gestiegen sind, dass die Energiekosten drastisch gestiegen sind, dass die Mehrwertsteuer erhöht wurde, was natürlich auch bei der Bundeswehr massiv zu Buche schlägt. Es hat aber auch damit zu tun, dass immer mehr Militäreinsätze beschlossen worden sind, die jeweils aus dem Etat des Bundesministers der Verteidigung erst einmal erwirtschaftet werden müssen. Heute, Herr Minister, haben Sie en passant von einer **EU-Mission zur Bekämpfung der Piraterie** gesprochen. Wir als Deutscher Bundestag kennen das bisher nur aus den Zeitungen. Wir haben von Ihnen noch nicht eine einzige

Unterrichtung darüber bekommen, was Sie da vorhaben und wie das im Etat untergebracht werden soll, um festzustellen, ob das Sinn macht, ob wir das brauchen und ob das nötig ist. Stattdessen gab es nur en passant einen Satz dazu. Das, Herr Minister, ist zu wenig.

Wenn man sich anschaut, wohin das Geld im Etat fließt, dann stellt man fest, dass falsche Schwerpunktsetzungen vorgenommen werden. Die Kollegin Hoff hat das schon angesprochen. Sehr geehrter Herr Kollege Kahrs, an dieser Stelle möchte ich nur eine Bemerkung dazu machen: Beim Großprojekt A400M – das hat die Kollegin Hoff völlig zu Recht gesagt – muss man sich an Verträge halten. Ja, Herr Kahrs, aber nicht nur der Bund muss sich an Verträge halten, sondern bitte schön auch die Industrie! Dem jetzt geäußerten Wunsch, auf Schadenersatzforderungen zu verzichten, können wir nicht zustimmen. Wir erwarten von Ihnen als Haushälter, dass Sie das ebenfalls unterstützen. Es ist wunderbar, wenn wir uns da einig sind. Dann haben wir das ja an dieser Stelle klargestellt, Herr Kahrs.

Tatsache ist, dass auch der **Bedarf zur Materialerhaltung** ständig steigt, und zwar insbesondere für Wartung und Reparatur alten Geräts. Das liegt daran, dass sich der Zulauf neuen Geräts verzögert, und zwar mit dramatisch steigender Tendenz. Oder um es anders zu sagen: Weil wir auf einen Ersatz für den Tornado warten, müssen derzeit für eine Flugstunde ungefähr 80 Wartungsstunden aufgewandt werden. Das kostet natürlich, und diese Kosten schlagen sich im Etat nieder. Die Folge all dieser Probleme ist, Herr Minister, dass Sie im Etat nicht genügend Geld für Beschaffung dessen haben, was dringend nötig ist: beispielsweise gepanzerte Fahrzeuge, Lufttransportkapazitäten – dieser Mangel wird insbesondere bei Einsätzen offenbar –, aber eben auch Material für die Ausbildung im Inland. All das fehlt. Herr Minister, Sie haben davon gesprochen, man müsse den Soldatinnen und Soldaten einen optimalen Schutz geben. Ja, wir stimmen Ihnen zu. Ich sage Ihnen an dieser Stelle aber auch: Sie sollten es nicht nur wollen, sie können es auch machen. Und das erwarten wir von Ihnen.

Ich möchte einige Bemerkungen zum Thema **Attraktivität der Bundeswehr** machen. Diese Frage hat heute in der Debatte zu Recht eine wesentliche Rolle gespielt. Die Realität ist, dass viele hochqualifizierte Soldatinnen und Soldaten kündigen, zumindest innerlich, weil der Soldatenberuf nicht mehr in dem Maße attraktiv ist, wie er es früher war: Sie müssen oft zu Einsätzen. Sie verdienen weniger als ihre zivilen Kolleginnen und Kollegen. Sie fühlen sich oft vom Dienstherrn und teilweise auch von der Politik im Stich gelassen, setzen aber Leben und Gesundheit ein. Ich bin der Auffassung, dass das – nicht nur für den Unterausschuss „Innere Führung“ im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages, sondern insgesamt für den Bundestag und insbesondere für Sie, Herr Minister – Grund genug sein muss, über Attraktivitätssteigerung in den Streitkräften nachzudenken und den Soldatinnen und Soldaten, die hier ihren Dienst verrichten, nicht nur die Dinge schönzureden, sondern ihnen die nötige Unterstützung und die Möglichkeit zu geben, sich in diesen Streitkräften wieder wohlfühlen. Dazu gehört das Programm „Sanierung Kasernen West“. Es reicht nicht aus; das wissen Sie ganz genau. Auch das Trennungsübernachtungsgeld gehört dazu, Herr Minister. Wir haben immer noch die Situation, dass die Soldatinnen und Soldaten für vier Monate in den Einsatz geschickt werden, aber nur für drei Monate Trennungsübernachtungsgeld bekommen. Das bedeutet, dass oft genug die Wohnung am Dienstsitz wegen eines Monats gekündigt werden muss. Vor einem Jahr haben Sie Besserung versprochen. Wir erwarten,

dass jetzt endlich etwas passiert und dass die Probleme, die die Soldatinnen und Soldaten ganz konkret haben, behoben werden. Dazu gehört auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie haben das hier angekündigt, Herr Minister. Auch dazu kann man nur sagen: Im Haushalt sind die entsprechenden Mittel nicht vorgesehen. Bitte auch in Sachen Kinderbetreuung nicht nur ankündigen, Herr Minister, sondern handeln! Darüber hinaus sollten Sie endlich akzeptieren, dass die **Wehrpflicht** nicht die Struktur für die Zukunft der Bundeswehr ist.

Die Bundeswehr ist eine Armee im Einsatz geworden. Wir haben weder Wehr- noch Dienstgerechtigkeit. Gerade einmal 17 Prozent der jungen Männer leisten überhaupt Wehrdienst. Circa 60 Prozent aller tauglichen jungen Männer leisten weder Wehr- noch Zivildienst. Vor diesem Hintergrund ist dieses System nicht mehr aufrechtzuerhalten. Das, Herr Minister, ist also Ihre Bilanz: immer mehr Einsätze, steigende Unzufriedenheit in der Truppe, immer stärkerer Verfall der Infrastruktur in Deutschland und ein stures Festhalten an veralteten Strukturen. Wir zur Endabstimmung im Deutschen Bundestag noch neue Schwerpunkte setzen. Sie haben noch eine Chance Herr Minister, die Sie nutzen können, nämlich das nächste Jahr.
Vielen Dank.